

Substanzielles Protokoll 73. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 6. Juli 2011, 17:00 Uhr bis 19:01 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 115 Mitglieder

Abwesend: Linda Bär (SP), Marlène Butz (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Urs Fehr (SVP), Christoph Gut (SP), Dr. Zora Ledergerber (GLP), Dr. Martin Mächler (EVP), Christine Seidler (SP), Gian von Planta (GLP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/168](#) Geschäftsprüfungskommission, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Fabienne Nicole Vocat (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
3. [2007/279](#) * Weisung vom 22.06.2011: VTE
Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden betreffend Kunstrasenplätze, Sanierung und Neuerstellung, Antrag auf Abschreibung
4. [2008/277](#) * Weisung vom 22.06.2011: VIB
Motion von Corine Mauch (SP) betreffend Aufnahme von Photovoltaikanlagen in die Solarstrombörse, Neuerlass eines Reglements und Abschreibung
5. [2011/218](#) * Weisung vom 22.06.2011: VTE
Tiefbauamt, Baulinienvorlage Frankentalerstrasse, Festsetzung
6. [2011/222](#) A/P * VTE
* Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und
** Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie
7. [2007/350](#) Weisung vom 22.06.2011: VGU
Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Bericht und Antrag auf zweite Fristerstreckung

8. [2011/87](#) Weisung vom 23.03.2011: STR
Rechnung 2010, Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2010
9. [2009/478](#) Weisung 443 vom 28.10.2009: VHB
Amt für Städtebau, Bauordnung, Ergänzung von Art. 8 Areal-
überbauung mit einem neuen Abs. 6
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

1503. **2011/234**
Postulat von Walter Angst (AL) vom 29.06.2011:
Realisierung der mit der Baugenossenschaft ABZ ausgehandelten Wohnbaupro-
jekte sowie Verzicht auf die Abgabe der Baulandparzelle im Glattpark an den
Meistbietenden

Walter Angst (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Der Stadtrat muss bald über das weitere Vorgehen entscheiden. Eine Meinungsäusserung des GR ist jetzt notwendig, zu einem späteren Zeitpunkt ist sie überflüssig.

Der Rat wird über den Antrag am 13. Juli 2011 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

1504. **2010/168**
GPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Fabienne Nicole
Vocat (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

Es wird mit Wirkung ab 6. Juli 2011 gewählt:

Matthias Probst (Grüne)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1505. **2007/279**
Weisung vom 22.06.2011:
Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und 13 Mitunterzeichnenden betreffend
Kunstrasenplätze, Sanierung und Neuerstellung, Antrag auf Abschreibung

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 4. Juli 2011

1506. 2008/277

Weisung vom 22.06.2011:

Motion von Corine Mauch (SP) betreffend Aufnahme von Photovoltaikanlagen in die Solarstrombörse, Neuerlass eines Reglements und Abschreibung

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 4. Juli 2011

1507. 2011/218

Weisung vom 22.06.2011:

Tiefbauamt, Baulinienvorlage Frankentalerstrasse, Festsetzung

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 4. Juli 2011

1508. 2011/222

Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 22.06.2011:

Schaffung von zusätzlichem Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrende und für Begegnungszonen rund um die städtischen Bahnhöfe auf die Eröffnung der Durchmesserlinie

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Knauss (Grüne) vom 29. Juni 2011 (vergleiche Protokoll-Nr. 1476/2011)

Die Dringlicherklärung wird von 64 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1509. 2007/350

Weisung vom 22.06.2011:

Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Bericht und Antrag auf zweite Fristerstreckung

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristverlängerung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR-Nr. 2007/350.

Alecs Recher (AL) stellt den Ablehnungsantrag.

***Alecs Recher (AL):** Die Urheberfraktion hat bereits einmal eine Fristerstreckung für diesen Vorstoss gewährt. Die Argumente des Stadtrats für eine erneute Fristerstreckung sind nicht stichhaltig. In der willkürlichen Verknüpfung der Motion mit anderen Vorstössen aus dem Bereich Energieeffizienz, die zufälligerweise eine längere Frist aufweisen, sieht die AL-Fraktion ein Zeitschinden seitens des Stadtrats. Deshalb und weil der Stadtrat keine ernsthafte Bemühung um die Ausarbeitung einer Gesamtstrategie zur Erreichung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Stadt Zürich erkennen lässt, gewährt die AL-Fraktion ausnahmsweise keine Fristerstreckung.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

***STR Claudia Nielsen:** Es geht darum, die verschiedenen möglichen Massnahmen gebündelt zu betrachten, um herausfinden zu können, wie Anreize zum Energiesparen zu*

schaffen und auszugestalten sind. Dies braucht nicht nur Zeit, sondern erfordert auch die entsprechenden Personalressourcen, welche bisher allerdings nicht zur Verfügung standen. Der Stadtrat ist willens, in dieser Sache einen Schritt vorwärts zu tun.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): *Als Motionärin kann die AL-Fraktion selber am besten abschätzen, wie dringlich der Vorstoss ist. Sollte der Stadtrat die vier Geschäfte tatsächlich zusammen behandeln, besteht die Gefahr, dass am Ende zwar Umweltschutz generiert, aber nicht von den effektiven Nutzern bezahlt wird. Die vorliegende Weisung soll deshalb separat behandelt werden.*

Der Rat lehnt den Antrag des Stadtrats mit 44 gegen 70 Stimmen ab.

Mitteilung an den Stadtrat

1510. 2011/87

Weisung vom 23.03.2011: Rechnung 2010, Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2010

Vergleiche Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission vom 27. Juni 2011

Eintretensdebatte:

Dr. Urs Egger (FDP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2010 vor: *Die Laufende Rechnung 2010 der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 56,2 Mio. Franken ab. Der budgetierte Aufwandüberschuss lag bei 216,6 Mio. Franken. Diese Verbesserung kam einerseits durch höhere Steuererträge bei den juristischen Personen und andererseits durch verminderte Abschreibungen in der Höhe von 62 Mio. Franken zustande. Die Investitionsausgaben liegen um 371,9 Mio. Franken unter dem budgetierten Betrag von 899 Mio. Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad ist auf 65,6 Prozent gesunken. Die Gemeindebetriebe verzeichnen erneut gute Abschlüsse. Bei einem Aufwand von 1,902 Mrd. Franken und Erträgen von 1,974 Mrd. Franken ergibt dies einen operativen Erfolg von 92,2 Mio. Franken. Das Finanzvermögen hat um 122 Mio. Franken auf 5,15 Mrd. Franken abgenommen - das Verwaltungsvermögen um 274 Mio. Franken zugenommen. Mit dem Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von 56,2 Mio. Franken ist das Eigenkapital per Ende 2010 auf 720 Mio. Franken gesunken. Die Ausgaben für Einkäufe in höher versicherte Besoldungen für aktiv Versicherte der städtischen Pensionskasse belaufen sich per Ende Dezember 2010 noch auf 505,5 Mio. Franken. Verschiedene Sondererträge haben das Ergebnis der Rechnung positiv beeinflusst, wie z. B. die Auflösung von 50 Mio. Franken Rückstellungen aus den Reserven für die Eigenversicherung.*

Bezüglich "Einsichtnahme der RPK in Details der Risikoprüfung von Cross-Border-Leasinggeschäften" hat die RPK mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die vorgeschlagenen Empfehlungen umgesetzt werden.

Zum Thema „nicht beantragte Zusatzkredite“ fand im September 2010 eine Aussprache mit dem Stadtrat und dem Rechtskonsulenten des Stadtrats statt. Die dort definierte Praxis ist für die RPK nachvollziehbar und akzeptiert. Sie sieht insbesondere eine erweiterte Begründungspflicht der Dienstabteilungen für Ausgaben vor, für die die Einholung eines ordentlichen oder dringlichen Zusatzkredits notwendig gewesen wäre, aber versäumt wurde. Diese Praxis wird allerdings noch nicht in allen Departementen umgesetzt. Die RPK erwartet von der Verwaltung, dass im Jahr 2011 die Zahl der Budgetüberschreitungen, bei denen ein Antrag auf einen Zusatzkredite hätte gestellt werden

müssen, auf ein Minimum reduziert wird, und sofern die Budgethoheit des Gemeinderats verletzt wurde, in der Rechnung eine plausible Begründung vorgelegt wird. Die RPK ist der Meinung, dass insbesondere das Amt für Hochbauten und der Stadtrat diese Budgethoheit verletzt haben.

Zum „Freien Kredit des Stadtrats“ haben im vergangenen Jahr diverse Gespräche mit dem Stadtrat stattgefunden, was zur Praxis geführt hat, dass Kontodetails nun mit vertraulicher Post der RPK zugestellt werden. Die noch ausstehende Neuformulierung des Reglements über die Verwendung des „Freien Kredits“ wurde auf diesen Herbst in Aussicht gestellt. Der RPK geht es vor allem darum, dass künftig bei Anlässen, die bereits von der Stadt über andere Konten unterstützt werden, nicht noch weitere Beiträge aus dem „Freien Kredit“ gesprochen werden.

Ein weiteres Anliegen der RPK sind die „Eigenleistungen der Stadt Zürich im Zusammenhang mit Grossanlässen und Grossprojekten“. Die RPK hat im April 2010 in einer Motion formuliert, dass per Verordnung die entsprechende Weiterverrechnung geklärt werden soll. Der Stadtrat ist bereit, die geforderte Anwendung dieser Regeln in den Weisungen des Vorstehers des Finanzdepartements zu regeln. Die RPK ist im Grundsatz mit diesem Vorgehen einverstanden, erwartet aber eine zügige Umsetzung dieser Änderungen.

Die RPK dankt dem Stadtrat für die stattgefundenene Diskussion im Zusammenhang mit der Vernehmlassungsantwort des Stadtrats zum neuen Gemeindegesetz. Aufgrund dieser Diskussion und der erhaltenen Einsicht, hat die RPK auf eine eigene Stellungnahme verzichtet.

Die „nicht ausgeschöpften Kredite für Lohnmassnahmen“ wurden inzwischen bereits in den Medien thematisiert. Die RPK hat festgestellt, dass im Jahr 2010 von diesen gemäss Budget zur Verfügung stehenden 35 Mio. Franken insgesamt 9 Mio. Franken nicht ausgezahlt wurden. Die für einmalige Prämien zur Verfügung stehenden Mittel wurden nur zur Hälfte ausgeschöpft. Weiter wurde festgestellt, dass die Praxis der einzelnen Departemente und Dienstabteilungen sehr uneinheitlich und nicht immer nachvollziehbar gewesen ist. Im Jahr 2010 sind insbesondere in den Stadtspitälern, in den Altersheimen und bei Entsorgung + Recycling Zürich diese Mittel nur zum Teil eingesetzt worden.

Die höheren Steuererträge sind auf die Auflösung von Rückstellungen für Steuerauscheidungen früherer Jahre im Ausmass von 42,8 Mio. Franken zurückzuführen. Angesichts steigender Ausgaben und unsicherer Steuererträgen, v. a. bei juristischen Personen, hält die RPK die Begrenzung des Ausgabenwachstums in der engeren Verwaltung für notwendig.

Die RPK dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und die Beantwortung der zahlreichen Rückfragen innert zum Teil recht kurzer Frist. Die RPK bedankt sich auch bei der Finanzkontrolle für die pflichtgetreue Ausführung ihres Auftrags und die quartalsweise Orientierung der RPK und der GPK über die getätigten Kontrollen. Die Mehrheit der RPK beantragt Ihnen Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll-Nrn. 1511 - 1517

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1511. 2011/253
Erklärung der SP-Fraktion vom 06.07.2011:
Rechnung 2010

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Schwierige Zeiten, gutes Ergebnis:

Das letzte Jahr schliesst mit einem massvollen Defizit von 56 Millionen Franken ab; budgetiert war ein Minus von 216 Millionen Franken. Budgetdisziplin, verbesserte Konjunktur und höhere Steuererträge haben dieses erfreuliche Resultat ermöglicht. Weiterhin bleiben die von den Bürgerlichen erzwungenen Kürzungen im Budget 2011 ärgerlich und unverständlich.

Die Rechnung 2010 der Stadt Zürich schliesst mit einem Defizit von 56,2 Millionen Franken ab. Angesichts der eben erst abgeflauten Krise ist dieses Ergebnis mehr als erfreulich. Der Stadtrat hatte ursprünglich mit einem Defizit von 216,6 Millionen Franken gerechnet, doch Budgetdisziplin, solide Ablieferungen der Gemeindebetriebe, stabile Sozialkosten und eine verbesserte Konjunktur haben das Resultat sehr viel besser ausfallen lassen. Vor diesem Hintergrund bleiben die von der bürgerlichen Sparkoalition erzwungenen Kürzungen im laufenden Budget 2011 weiterhin unverständlich.

Die Steuererträge sind sowohl bei den juristischen als auch bei den natürlichen Personen aufgrund des Bevölkerungswachstums angestiegen. Gleichzeitig braucht es weiterhin die soziale Durchmischung der Stadtbevölkerung in allen Quartieren. Mit einer aktiven Boden- und Immobilienpolitik muss der Stadtrat dafür sorgen, dass unsere Stadt auch in den nächsten Jahrzehnten bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum für alle anbieten kann. Dies auch im Hinblick darauf, dass die Grossbanken nicht so bald wieder Steuern in früherer Höhe abliefern werden. In diesem Zusammenhang warnen wir auch vor allfälligen negativen Folgen des starken Schweizer Frankens.

Die Nettoinvestitionen waren gegenüber dem Budget leicht tiefer (773 Millionen statt 1'139 Millionen Franken), bleiben aber auf hohem Niveau. Die Investitionen – knapp 40% im Tiefbau und etwa ein Drittel im Hochbau – sind von zentraler Bedeutung für den Standort, da sie dem Gewerbe und den KMU wichtige Aufträge verschaffen. Gleichzeitig entspricht die aktuelle Entwicklung der langjährigen Forderung der SP nach einer Verstetigung der Investitionen auf realistischem Niveau.

Das Eigenkapital beträgt per Ende 2010 720 Millionen Franken, der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei knappen 65,6%. Personal- wie auch Sachaufwand sind gegenüber dem Vorjahr marginal angestiegen. Der aktuelle Stellenzuwachs, dies sei hier wiederholt, ist in allen Fällen – von den Altersheimen über die Stadtspitäler bis hin zur Volksschule – gut begründet und oft auf Volksentscheide zurückzuführen (beispielsweise auf die Vorgaben des neue Volksschulgesetzes). Zudem generieren etliche Stellen zum Beispiel bei den Spitälern und beim ewz auch neue Einnahmen, die man ebenfalls berücksichtigen muss.

Was die Budgetdisziplin angeht, begrüssen wir die Aufwandminderung grundsätzlich. Gleichzeitig sind wir nicht mit allen Sparmassnahmen einverstanden. Insbesondere die Nichtausschöpfung der 35 Millionen für das städtische Personal stösst uns sauer auf. Es geht nicht an, dass das städtische Personal, das Tag für Tag anspruchsvolle und wichtige Arbeit leistet, auf diese Weise bestraft und demotiviert wird.

Wir kritisieren aber weiterhin die Beschlüsse von Bund und Kanton, immer mehr Kosten auf die Gemeindeebene überwälzen zu wollen – beispielsweise im Pflegebereich. Dies unter anderem als Folge der verfehlten Steuerpolitik von Kanton und Bund, die sich darauf konzentriert das Kapital in Form von Steuersenkungen und Begünstigungen für Reiche und Grossunternehmen zu entlasten, während Arbeit und Konsum immer mehr belastet werden. Die SP hingegen will eine Finanzpolitik, von der alle profitieren und nicht nur einige wenige.

1512. 2011/254

Erklärung der SVP-Fraktion vom 06.07.2011: Rechnung 2010

Namens der SVP-Fraktion verliest Theo Hauri (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Insel der Glückseligen:

Die notorischen Rufer in diesem Haus und Gralshüter der reinen Wirtschaftslehre aus den Reihen der SVP finden endlich Gehör und werden in ihren seit jeher marktwirtschaftlich geprägten Thesen rundum bestätigt. Von den in byzantinischen Denkmustern verhafteten Urdemokraten am Aegäischen Meer bis zum keltischen Tiger: Euroland droht eine Massenpleite; das Leben auf Pump rächt sich bitter. Schonungslos wird aufgedeckt, welche Tragik eine nicht wettbewerbsfähige Wirtschaft, eine fremdfinanzierte Schuldenwirtschaft und die faktische Preisgabe der monetären Souveränität beinhaltet. Wir erleben, dass ein ausufernder Staatsapparat schlicht nicht mehr finanzierbar ist. Unmissverständlich wird dargelegt, wie ein überdimensionierter Fürsorgestaat unweigerlich und unausweichlich in den Abgrund führt und wie schmerzhaft und schwierig eine Korrektur ist.

Während die Wirtschaft derzeit alle Register zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im täglichen Konkurrenzkampf ziehen muss, wähnt sich unser Stadtrat immer noch im Schlaraffenland. Bar jeglicher Vernunft wird der Service Public gemäss Rot-Grün indoktrinierten Zielvorgaben – Kosten hin oder her – vorangetrieben. Der Konjunkturaufschwung beflügelt: Trotz dem Steuertotalausfall von CS und UBS nehmen die Steuereingänge zu. Mehr Steuern von Unternehmen (135 Mio.), Steuern aus den Vorjahren von 106 Mio., die

EWZ-Gewinnablieferung von 72 Mio., (wie lange noch?) überhöhte Gebühren und Nachsteuern animieren zu sofortigem Verzehr. Glücksfälle wie Auflösung von Rückstellungen der Eigenversicherung von 50 Mio. und Aufwertungen von weiteren 51 Mio. schönen lediglich die Rechnung, Bargeld wird keines generiert. Trotz diesen höchst günstigen Rahmenbedingungen hat es die ausgabenfreudige Exekutive einmal mehr verpasst, ein positives Resultat zu erreichen. Das Minus von über 56 Mio. Franken ist für die SVP-Fraktion nicht akzeptabel. Stetig wächst der Verwaltungsmoloch. Der Städtzürcher Fürsorgestaat feiert Urständ. Wieder steigen die Personalkosten mit + 66.7 Mio. auf neu 2.432 Mia. Franken. Schon wieder werden 315 zusätzliche Stellen geschaffen. Die SVP-Fraktion erwartet, dass endlich ein griffiger Stellenstopp, welcher diesen Namen auch verdient, konsequent und mit aller Härte umgesetzt wird.

Achtung Schuldenfalle: Unser Gemeinwesen hat für rund 4.8 Mia. Franken Anleihen und dergleichen ausstehend. Die nächste Zinserhöhung kommt bestimmt...

Achtung Delkredere-Risiko: Die Alimenter-Bevorschussung erreicht rund 116.7 Mio. Franken. Laut Finanzkontrolle besteht eine „wesentliche Unsicherheit betreffend Einbringlichkeit“ dieser Forderungen.

Als Folge der ungezügelten Ausgabenpolitik und einer wenig zielführenden Investitionsmanie sinkt der Selbstfinanzierungsgrad um rund 33% auf alarmierende 65.6%. Das Fremdkapital erreicht mit + 162 Mio. im Laufjahr für eine Kleinstadt exorbitante 8.56 Mia. Franken.

Angesichts des mickrigen Eigenkapitals von de facto nur noch 214.5 Mio. Franken müssten bei den Verantwortlichen permanent alle Alarmglocken schrillen. Es besteht akuter Handlungsbedarf. Angesichts der oben beschriebenen Risiken bleibt dem Stadtrat vernünftigerweise eigentlich nur noch der lange und beschwerliche Weg, einen echt verdienten Überschuss von 150 Mio. Franken pro Jahr bzw. 1 Mia. Franken in 5 Jahren zu erreichen.

Die SVP-Fraktion missbilligt die notorisch unverantwortliche Ausgabenpolitik, verurteilt die nach wie vor nicht vorhandene Einsicht zum Sparen und kann das fortdauernde Anreissen von investitionsgetriebenen neuen Aufgaben durch die Exekutive nicht guthessen. Das Endresultat der Rechnung 2010 mit so viel positivem Rückenwind ist völlig ungenügend und es bleibt uns nur die Ablehnung. Es gilt zu vermeiden, zu wenig zu spät zu tun.

1513. 2011/255

Erklärung der FDP-Fraktion vom 06.07.2011: Rechnung 2010

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Freisinnige Finanzpolitik in angespanntem wirtschaftlichen Umfeld:

Die FDP nimmt das Ergebnis der Rechnung 2010 mit einem Defizit von 56 Mio Franken zur Kenntnis. Es liegt zwar deutlich tiefer als budgetiert, trägt aber zu einem weiteren Abbau des Eigenkapitals bei. Verschiedene Spezialeffekte wie tiefere Abschreibungen als Folge geringerer Investitionen oder relativ hohe Steuernachzahlungen für frühere Jahre haben zu diesem Ergebnis beigetragen. Aber auch die hohe Ausgabendisziplin, welche dem freisinnigen Finanzvorstand, Martin Vollenwyder, zu verdanken ist, hat das ihre dazu beigetragen. Die Nettoinvestitionen konnten mit 773 Mio Franken gegenüber den Vorjahren stabil gehalten werden, was dem Gewerbe sicher entgegen kam. Teure Konjunkturprogramme und antizyklische, nicht nachhaltige Finanzturnübungen, wie dies auf linker Seite im Vorfeld mehrfach gewünscht wurde, unterblieben zum Glück. Der Finanzvorstand konnte die günstige Situation auf den Kapitalmärkten zugunsten der Stadt Zürich nutzen, und es konnten langfristige Mittel zu tiefen Zinsen aufgenommen werden. Dies zeigt sich in einer moderaten Nettozinslast von 71 Mio. Franken.

Eine verantwortungsvoll handelnde Mehrheit hat im Dezember 2010 die Zeichen der Zeit richtig gedeutet. Die Budgetrückweisung hat ein weiteres Defizit von 220 Mio. Franken im Jahre 2011 verhindert. Die FDP ist nach wie vor überzeugt, dass das Eigenkapital bei mindestens 800 Mio Franken liegen sollte. Bis zur Erreichung dieses Ziels werden wir vom Stadtrat weiterhin mindestens ausgeglichene Budgets resp. ab 2012 wieder positive Abschlüsse verlangen. Die Verwaltung muss weiterhin spürbar und nachhaltig Ausgabendisziplin üben. Es braucht aber auch weiterhin Druck der bürgerlichen Parteien, um die linken Begehrlichkeiten zu verhindern. In diesem Zusammenhang gilt es auch eine Überprüfung der städtischen Aufgaben vorzunehmen.

Die FDP ist mit ihrer Finanzstrategie auf dem richtigen Kurs. Sie lehnt weiterhin unnötige Ausgaben und Umverteilungsübungen der linken Ratsseite ab. Gebührenüberschüsse dürfen nicht in die allgemeinen Mittel abgeführt werden, sondern sind nach dem Kostendeckungsprinzip zu erheben. Überschüsse sind dem Bürger und dem Gewerbe mit Gebührensenkungen weiterzugeben.

Die stabilen Steuereinnahmen von natürlichen Personen bestätigen den Erfolg der bilateralen Verträge und der Personenfreizügigkeit. Die Stadt Zürich als attraktiver Wirtschaftsstandort zieht neue Firmen und gut ausgebildete Zuwanderer an. Das schafft Arbeitsplätze und Aufschwung für Zürich. In diesem Zusammenhang setzt sich die FDP weiterhin für wichtige Projekte wie Kongresszentrum, gute Bildungsinstitutionen, funktionierende Infrastruktur (z.B. Sportstadien, Kultur, ÖV) und die Ansiedelung wettbewerbsfähiger Firmen zugunsten einer dynamischen Entwicklung unserer schönen Stadt Zürich ein.

1514. 2011/256
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 06.07.2011:
Rechnung 2010

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Umsichtig und massvoll:

Die Stadt Zürich hat einmal mehr bewiesen, dass sie im Grossen und Ganzen eine solide und massvolle Finanzpolitik betreibt. Mit einem Defizit von 56.2 Millionen Franken schloss die Rechnung 2010 um 219.3 Millionen Franken wiederum besser ab als budgetiert. Die budgetierten Investitionen wurden wie bereits im Vorjahr nicht ausgeschöpft und belaufen sich im 2010 auf 899 Millionen Franken. Diese beiden wichtigsten Eckzahlen zeigen auf, dass nicht nur der Stadtrat mit den ihm zur Verfügung gestellten Mitteln umsichtig umgeht, sondern auch die einzelnen Dienstabteilungen bzw. die zuständigen MitarbeiterInnen. Eine Wiederholung der Hauruckübung vom letzten Dezember in Form einer Budgetrückweisung wäre, auch im Hinblick auf das städtische Personal, unglaublich und völlig deplatziert. Mit einem Eigenkapital von 720 Millionen Franken steht die Stadt Zürich viel besser da, als dies während der Finanzkrise prognostiziert wurde.

Wie bereits im Vorjahr beurteilen die GRÜNEN die nicht ausgeschöpften Investitionen im Umfang von 371.9 Millionen Franken als diskussionswürdig. Für uns ist auch in Zukunft wichtig, dass die Investitionen der Bevölkerung in allen Quartieren zu gute kommen. Denn es darf nicht vergessen werden, dass im Jahr 2010 die Steuererträge von natürlichen Personen auf 979 Millionen erneut angestiegen sind - 48.1 Millionen Franken mehr als budgetiert.

Wiederum hat das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich mit 72.1 Millionen Franken einen beträchtlichen Betrag an die Stadt Zürich abgeliefert. Dazu mussten 22.9 Millionen Franken aus den Reserven entnommen werden. Für die GRÜNEN ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Stadtrat weiterhin an einem Bonussystem für StrombezüglerInnen festhält und damit auch im nächsten Jahr ein Defizit beim Elektrizitätswerk in Kauf nimmt. Mit diesem Vorgehen wird eine Diskussion über den sogenannten Stromsparbeschluss von 1989 geradezu provoziert.

Mit der Einführung des Städtischen Lohnsystems (SLS) wurde festgelegt, dass bis 2010 jährlich 35 Millionen Franken für das Personal zur Verfügung stehen. Der nach den Lohnanpassungen verbleibende Betrag von 17.9 Millionen Franken wurde gemäss Stadtratsbeschluss auf die einzelnen Dienstabteilungen für die Ausschüttung von Prämien verteilt. Die GRÜNEN sind konsterniert, dass die MitarbeiterInnen der einzelnen Dienstabteilungen nicht transparent und alle im gleichen Ausmass in den Genuss der ihnen zustehenden Prämien kamen. Insbesondere die MitarbeiterInnen der beiden Stadtspitäler, welche bereits heute unter einer sehr hohen Arbeitsbelastung leiden, gingen fast leer aus. Diese Ungleichbehandlung von städtischen Angestellten ist zutiefst stossend.

Die GRÜNEN werden auch in Zukunft jede Ausgabe sorgfältig prüfen: in ökologischer, in sozialer aber auch in ökonomischer Hinsicht. Für uns ist klar, dass alle diese Aspekte stimmen müssen, damit es der Stadt Zürich in Zukunft weiterhin gut geht.

1515. 2011/257
Erklärung der GLP-Fraktion vom 06.07.2011:
Rechnung 2010

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Kein Grund zur Euphorie:

Die Rechnung 2010 der Stadt Zürich schliesst besser ab als budgetiert. Das ist zwar erfreulich, aber weder ein Grund zur Euphorie noch für Begehrlichkeiten.

Angesichts der gewohnt vorsichtigen Budgetierung und einer aufgehellten Konjunktur darf es nicht überraschen, dass das Defizit der Stadt Zürich kleiner ausgefallen ist, als geplant. Alles andere wäre mehr als besorgniserregend gewesen.

Die Verbesserung kam dank höheren Steuererträgen und tieferen Abschreibungen zustande. Für die höheren Steuererträge waren in erster Linie die Erträge der juristischen Personen massgebend. Ein unternehmerfreundliches Umfeld ist deshalb auch künftig wichtig.

Der Personalaufwand steigt 2010 gegenüber dem Vorjahr um 2.7% (und das obwohl noch nicht einmal alle Mittel für Lohnmassnahmen ausgeschöpft worden sind), der Sachaufwand um ein gutes Prozent. Damit liegt das Ausgabenwachstum deutlich über der Teuerung im Jahre 2010 von rund 0.7% und dem städtischen Bevölkerungswachstum von 0.66%.

Mit anderen Worten: die Aufgaben und Ausgaben der Stadt nehmen immer noch laufend zu. Ob wirklich alle

Aufgaben, welche Zürich heute wahrnimmt, zwingend städtische sind, bezweifelt die GLP. Sicher erscheint den Grünliberalen jedoch, dass die städtischen Finanzen künftig sowohl auf der Aufwand- als auch auf der Ertragsseite herausgefordert bleiben. Auf der einen Seite kommen zusätzliche Belastungen auf die Stadt zu, wie beispielsweise die Pflegefinanzierung, auf der anderen Seite sind die städtischen Steuereinnahmen stark von einer Finanzindustrie abhängig, die überproportional auf Turbulenzen auf den Finanzmärkten reagiert. Wenn sich die dunklen Wolken, die sich gerade wieder einmal über diesen Märkten zusammen ziehen, zu einem Gewitter entladen, könnte Zürich im Regen stehen. Vor diesem Hintergrund sind Begehrlichkeiten nicht opportun. Im Gegenteil ist es aus grünliberaler Sicht wichtig, das Eigenkapital zu schonen, den Eigenfinanzierungsgrad mindestens zu halten, weiterhin eine vorsichtige Finanzpolitik zu betreiben und künftig stärker zwischen «Nice to Have» und «Must Have» zu unterscheiden – auch damit genügend Mittel für wichtige Vorhaben, wie beispielsweise die 2000-Watt-Gesellschaft zur Verfügung stehen.

1516. 2011/258
Erklärung der CVP-Fraktion vom 06.07.2011:
Rechnung 2010

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung 2010 besser als erwartet – Zürich ist auf dem richtigen Weg:

Die Fraktion der CVP nimmt die Rechnung 2010 mit Genugtuung zur Kenntnis.

Das verzeichnete Defizit von 56.2 Mio. Franken ist zwar immer noch ein Defizit, ist aber um rund 220 Mio. kleiner als budgetiert und gibt in Relation zur Grösse des Haushalts der Stadt Zürich keinen Anlass zur Besorgnis. Mit dem Ergebnis der Rechnung 2010 kann das Eigenkapital auf 720 Mio. gehalten werden, was in Anbetracht der kommenden finanzpolitischen Herausforderungen erfreulich ist. Ebenfalls erfreulich sind die Ergebnisse der Gemeindebetriebe welche grosse Beträge an die Stadtkasse abliefern. Ein positives Zeichen setzt auch die Verwaltung selber, realisiert sie doch beim Sachaufwand Einsparungen von 63 Mio. gegenüber dem Budget inklusive Zusatzkredite. Ein weiterer Lichtblick sind die Steuereinnahmen der juristischen Personen welche 2010 auf dem Niveau von 2009 gehalten werden konnten. Dabei gilt zu bemerken, dass hier die Erträge von Steuern aus Vorjahren stark zum guten Ergebnis beitragen.

Unbestritten sind die auch 2010 gestiegenen Steuererträge der natürlichen Personen ein klares Zeichen für die hohe Qualität des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Zürich, welche auch immer wieder in internationalen Umfragen gestützt wird. Aus Sicht der CVP liegt in dieser hohen Standortqualität der Schlüssel für den weiteren Erfolg in unserer Stadt.

Trotz dem zufriedenstellenden Ergebnis der Rechnung 2010 bleibt die laufende, strenge Überprüfung der städtischen Ausgaben für die CVP ein wichtiger Auftrag an den Stadtrat. Die nächsten Jahre werden für die Stadt Zürich aus finanzpolitischer Sicht nach wie vor schwierig werden und es ist unerlässlich, auch zukünftig an restriktiven Budgetvorgaben festzuhalten.

Die erneute Erhöhung der Stellenzahl 2010 von 315 Stellen gegenüber der Rechnung 2009, stellt aus Sicht der CVP einen Trend in die falsche Richtung dar. Auch wenn die Stellenerhöhungen im Einzelnen gut begründet sind, steht die CVP dieser Entwicklung kritisch gegenüber. Hier steht auch das Parlament in der Verantwortung, welches immer mehr Aufgaben an die Verwaltung delegiert.

Die Investitionsausgaben der Stadt Zürich konnten im Jahr 2010 weiter verstetigt werden, was einer wiederholten Forderung der CVP entspricht. Wir nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis, dass dieser Forderung Folge geleistet wird.

Die CVP Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für den verantwortungsvollen Umgang mit den vom Parlament zur Verfügung gestellten Mitteln. Ebenfalls in diesen Dank eingeschlossen sind die Anstrengungen der Stadt, weiterhin Ausbildungsplätze für junge Menschen in unserer Stadt zu schaffen.

1517. 2011/259
Erklärung der AL-Fraktion vom 06.07.2011:
Rechnung 2010

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Erklärung der AL-Fraktion zur Rechnung 2010

Der Stadtrat legt eine Rechnung für das Jahr 2010 vor, die 220 Millionen Franken besser abschliesst als mit Budget und Zusatzkrediten vorgesehen. Das Ergebnis ist jenen Sondereffekten geschuldet, die die bürgerlichen Musketiere bei der Rückweisung des Budgets 11 partout nicht zur Kenntnis nehmen wollten: Wenn die

Wirtschaft nicht einbricht führen Rechnungsmodell und Budgetgrundsätze zwangsläufig zu Rechnungsverbesserungen, weil und immer mehr budgetiert wird als ausgegeben werden soll. Die titanischen Leistungen, deren sich der Stadtrat und die SP bei Rechnungsdiskussionen gerne rühmen, braucht es dafür nicht.

Zu drei Verbesserungen haben wir Anmerkungen:

- der bessere Abschluss bei den Steuereinnahmen (plus 100 Millionen) sollte nicht überschätzt werden. Die Mehrerträge resultieren ganz einfach aus Verbesserungen bei den juristischen Personen, die im Sommer 2009 noch nicht absehbar waren und aus Mehrerträgen aus den Vorjahren. Mehr als 40 Millionen betreffen Auflösungen von Steuerrückstellungen für offene Fälle aus den frühen 2000er-Jahren. Fakt ist: Die Steuererträge der natürlichen Personen stabilisieren sich, die Ertragsentwicklung bei den juristischen Personen bleibt weiterhin unsicher.
- die Reduktion der Investitionen hat zwar die Abschreibungen entlastet, ist aber nicht per se eine erfreuliche Entwicklung. Auch wenn aus konjunktureller Sicht kein Bedarf besteht, die Bauwirtschaft durch eine Steigerung staatlicher Investitionen anzufeuern, muss die deutliche Unterschreitung des Investitionsplafonds bei den Hochbauten - von den zur Verfügung stehenden 400 Millionen sind „nur“ 300 verbaut worden - angesichts des Bevölkerungswachstums und den neuen Aufgaben zum Beispiel bei der ausser-schulischen Kinderbetreuung kritisch hinterfragt werden.
- dass die Personalaufwendungen 10 Millionen Franken tiefer abschliessen als budgetiert, ist aus Sicht der AL schlicht ein Skandal. Bei den 10 Millionen handelt es sich grossmehrheitlich um Gelder, die für individuelle Lohnmassnahmen oder einmalige Prämien zur Verfügung standen. Deren Auszahlung ist bei der Diskussion über die Anpassung des Lohnsystems in den Jahren 2005 und 2006 dem Personal zugesichert worden. Dass die MitarbeiterInnen der Stadtpolizei und der VBZ – vorwiegend Männer – diese Prämien erhalten, die MitarbeiterInnen der Stadtspitäler, der Pflegeheime und der Altersheime – vorwiegend Frauen – hingegen gar nicht oder nur punktuell, ist nicht akzeptabel. Auch wenn es hier um symbolische Lohnmassnahmen geht braucht es im Gesundheits- und Umweltdepartement Wiedergutmachungsleistungen. Werte Claudia Nielsen, wir warten auf Vorschläge.

Im Hinblick auf die künftige Finanzpolitik sieht sich die AL durch das Rechnungsergebnis bestätigt. Bedarf für abrupte Kurskorrekturen gibt es nicht. Wenn die Stadt Zürich aber das hohe Niveau an Leistungen erhalten, die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung befriedigen, die wohnpolitischen Massnahmen gegen die Verdrängung einkommensschwächerer Bevölkerungsgruppen umsetzen und die Spielräume für die dringend nötigen Investitionen in Bildung und ausserfamiliäre Kinderbetreuung erhalten will, sind Kurskorrekturen trotzdem unerlässlich. Die Zeiten, in denen die Mittel für Investitionen in Leuchtturmprojekte unbeschränkt zur Verfügung zu stehen schienen, sind genauso vorbei, wie die Freizügigkeit beim Ausbau der engeren Verwaltung.

Persönliche Erklärungen:

Hanspeter Kunz (EVP) verliest eine persönliche Erklärung der EVP-Parlamentsgruppe zur Rechnung 2010.

Patrick Blöchlinger (SD) verliest eine persönliche Erklärung der SD-Parlamentsgruppe zur Rechnung 2010.

1510. 2011/87

Weisung vom 23.03.2011:

Rechnung 2010, Genehmigung der Verwaltungsrechnung 2010

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll-Nrn. 1511 - 1517

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung zum Eintreten.

STR Martin Vollenwyder: *Um die gesunden Finanzen der Stadt Zürich erhalten zu können, müssen wir uns in Zukunft sicher einigen Herausforderungen stellen. Wer unser Budget aber immer nur schlecht redet, der sei auf die Tatsache verwiesen, dass uns andere Schweizer Städte und Kantone für unsere präzise Budgetierung immer wieder bewundern. Nicht zuletzt dank der grossen Budgetdisziplin der Verwaltung verfügen wir über ein Eigenkapital von 720 Mio. Franken, und dies notabene nach der schwersten*

Finanzkrise der Neuzeit. Wenn alle, von links bis rechts, in ihren Begehrlichkeiten zurückhaltend sind, wird am Jahresende hoffentlich genügend Eigenkapital vorhanden sein. Und die Stadt Zürich wird attraktiv bleiben.

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsminderheit:

Monika Erfigen (SVP): *Das Rechnungsergebnis hätte wesentlich besser ausfallen müssen. Der kleiner als geplant ausgefallene Verlust ist nicht etwa operativ oder des guten Wirtschaftens wegen zustande gekommen, sondern bloss als Folge von Sondereffekten, wie z. B. die Auflösung von Rückstellungen, weniger Abschreibungen und mehr Einnahmen. Das Fremdkapital beträgt heute mehr als 8,5 Mrd. Franken. Die eigentliche Belastung des Haushalts wird von der Nettozinslast bestimmt, welche im Vergleich zum Vorjahr um mehr als zehn Prozent, d. h. um 7,4 Mio. Franken, auf 77,1 Mio. Franken gestiegen ist. Dies bedeutet mehr als 200 000 Franken Schuldzinsen täglich, woraus sich 5,3 Steuerprozent für alle Steuerzahlen ergeben. Dass der Finanzvorstand diese Tatsache mit günstigen Konditionen in der Beschaffung von Liquidität rechtfertigen will, akzeptiert die SVP nicht. Der letztjährige Personalaufwand von rund 2,5 Mrd. Franken schlägt übrigens sämtliche Rekorde. Dass die Stadt Zürich nichtsdestotrotz für Kündigungen im gegenseitigen Einvernehmen Abfindungssummen in Millionenhöhe bezahlt, ist nicht nur unverständlich, sondern eine Frechheit. Der Stadtrat und das Parlament sollten deshalb das Budget konsequent auf die Einnahmen ausrichten. Die Ausgabenflut muss in allen Departementen mittels eines griffigen Sparpakets gestoppt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Es ist erstaunlich, dass die Stadt Zürich ihr Defizit lobt, während die Rechnungsabschlüsse 2010 in vielen anderen Gemeinden und Kantonen – so z. B. auch im Kanton Zürich – positiv ausgefallen sind. Die Budgetdisziplin der Stadtverwaltung ist längst nicht so gut, wie sie gepriesen wurde. Und das Eigenkapital liegt nicht, wie von STR Martin Vollenwyder erwähnt, bei 720 Mio. Franken, sondern bei 22 Mio., weil die 500 Mio. der Pensionskasse als Schuld zu betrachten sind, wie auch ausdrücklich im Bericht der RPK festgehalten wird. Auch in schwierigen Jahren sollte ein positives Ergebnis erzielt werden können.*

Christoph Spiess (SD): *Ein Defizit ist natürlich nie erfreulich, doch verglichen mit internationalen Massstäben steht die Stadt Zürich keineswegs schlecht da: Wer z. B. den Euro einführen will, darf ein Defizit von höchstens drei Prozent des Haushalts aufweisen und eine Verschuldung von nicht mehr als vierzig Prozent des Bruttoinlandprodukts. Unser Defizit liegt weit unter einem Prozent des Haushalts. Wir dürfen durchaus zufrieden sein.*

Jacqueline Badran (SP): *Die Stadt Zürich hat elf Jahre hintereinander riesige Überschüsse erwirtschaftet, während der Kanton riesige Defizite einfuhr. In diesen elf Jahren konnte die Stadt immerhin einen Bilanzfehlbetrag von minus 1,5 Mrd. Franken in ein Plus von 1 Mrd. Franken umwandeln. Zudem hat die Stadt während vieler Jahre mehr in die Infrastruktur investiert als der Kanton. Der Kanton seinerseits hat viele Aufwendungen elegant an die Gemeinden abgeschoben. Ich teile Monika Erfigens (SVP) Sorge bezüglich Passivzinsen, nicht jedoch die Anklage gegen die städtische Finanzpolitik.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Eine Bemerkung zur Pensionskasse, wo wir jedes Jahr den Betrag anpassen sollen: Würden wir nach dem in der Privatwirtschaft üblichen Rechnungsmodell arbeiten, wäre dagegen nichts einzuwenden. In der Privatwirtschaft schreibt aber niemand degressiv zehn Prozent ab, wie wir es tun. Wir müssen uns nach dem jetzigen Rechnungsmodell ausweisen, damit die nächst höhere Instanz unsere Zahlen genehmigt. Wenn das Rechnungsmodell selbst ändert, werden wir auch hier wieder Änderungen vornehmen können. In diesem Sinn freue ich mich auf das nächste Rechnungsjahr.*

Schlussanträge

1. Die Verwaltungsrechnung 2010 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Ablehnung: Monika Erfigen (SVP) Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
Enthaltung: Walter Angst (AL)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

2. Die Rechnung 2010 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Enthaltung: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Monika Erfigen (SVP)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 0 Stimmen zu.

3. Aufgrund der Rechnung 2010 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2011 von Fr. 3 359 800.– genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Ablehnung: Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Referent; Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 86 gegen 28 Stimmen zu.

4. Die Rechnung 2010 der Asyl-Organisation Zürich und die Zuweisung des Gewinns von Fr. 660'514.52 zur Reserve werden, gestützt auf Artikel 6, Ziffern 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, genehmigt.

Zustimmung: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Ablehnung: Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Ausstand: Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 88 gegen 25 Stimmen zu.

5. Von den Rechnungen 2010 der Stiftungen «Wohnungen für kinderreiche Familien» und «Alterswohnungen der Stadt Zürich», die dem Gemeinderat zur Ausübung seines Aufsichtsrechts im Sinne von Artikel 84 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches vorgelegt werden, nimmt der Rat in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Zustimmende Kenntnisnahme: Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Walter Angst (AL), Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Kenntnisnahme: Vizepräsident Theo Hauri (SVP) Referent; Monika Erfigen (SVP)
Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Ausstand: Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 87 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent; Myriam Barzotto (SP), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
Minderheit: Monika Erfigen (SVP), Referentin; Vizepräsident Theo Hauri (SVP)
Enthaltung: Walter Angst (AL)
Abwesend: Lucia Tozzi (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2010 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2010 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
3. Aufgrund der Rechnung 2010 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2011 von Fr. 3 359 800.– genehmigt.
4. Die Rechnung 2010 der Asyl-Organisation Zürich und die Zuweisung des Gewinnes von Fr. 660 514.52 zur Reserve werden, gestützt auf Artikel 6, Ziffern 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005, genehmigt.
5. Von den Rechnungen 2010 der Stiftungen «Wohnungen für kinderreiche Familien» und «Alterswohnungen der Stadt Zürich», die dem Gemeinderat zur Ausübung seines Aufsichtsrechts im Sinne von Artikel 84 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches vorgelegt werden, nimmt der Rat in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 13. Juli 2011 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Persönliche Erklärung:

Thomas Schwendener (SVP) verliest eine persönliche Erklärung zu Sitten und Anstand im Rathaus.

1518. 2009/478

Weisung 443 vom 28.10.2009:

Amt für Städtebau, Bauordnung, Ergänzung von Art. 8 Arealüberbauung mit einem neuen Abs. 6

Antrag des Stadtrats:

1. Art. 8 der Bauordnung der Stadt Zürich wird mit folgendem Abs. 6 ergänzt:
⁶ Gebäude haben mindestens dem Minergie-Standard zu entsprechen oder einen gegenüber den kantonalen Wärmedämmvorschriften um 20 Prozent reduzierten Heizwärmebedarf einzuhalten. Wird der Ausnützungsbonus von 10 Prozentpunkten gemäss Abs. 5 ganz oder teilweise beansprucht, müssen Gebäude mindestens dem Minergie-P-Eco-Standard entsprechen.
2. Die Motion, GR Nr. 2007/349 der AL-Fraktion, vom 24. Oktober 2007 wird als erledigt abgeschrieben.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rechtsmittelverfahren oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im «Städtischen Amtsblatt» und im «Amtsblatt des Kantons Zürich» sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Richard Wolff (AL): *Innerhalb der Bauordnung soll die Ökologie gefördert werden, indem Art. 8 der Bau- und Zonenordnung mit einem neuen Abs. 6 ergänzt wird. Die AL verlangte in einer Motion, dass bei einer Arealüberbauung mit Arealbonus der Minergie-P-Standard einzuhalten sei. Der Stadtrat verschärfte diese Forderung, indem er sogar die Einhaltung des Minergie-P-Eco-Standards verlangte. In seiner Weisung fordert der Stadtrat zudem, dass Gebäude einer Arealüberbauung auch dann mindestens Minergie-Standard zu erfüllen hätten, wenn der Arealbonus nicht geltend gemacht wird. Offen bleibt aber die Frage, was bei Arealüberbauungen passiert, wo nur ein Teil des Areals überbaut wird, während auf dem anderen Teil bestehende Gebäude stehen bleiben. Zu solchen teilweisen Arealüberbauungen kann es kommen aus Gründen des Denkmalschutzes, wegen alten Baulinien, oder weil die Arealüberbauung in Etappen erfolgen soll. Würde die Weisung des Stadtrats unverändert angewandt, müssten die in Frage stehenden Häuser kostspielig nachgerüstet oder abgerissen werden. Dadurch würde günstiger Wohnraum zerstört. Um dies zu verhindern, schlägt die AL eine weitere Änderung vor, welche besagt, dass bestehende Gebäude in einer Arealüberbauung nur „so weit technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar“ ökologisch nachzurüsten sind. Die Mehrheit der Kommission stimmt diesem bereinigten Antrag zu, weil er in jeder Hinsicht besser, klarer und gerechter ist. Auch die Verwaltung und das Hochbaudepartement bevorzugen diesen Antrag.*

Michael Baumer (FDP): *Mit der gewünschten Ausnahmeregelung schwächt die AL ihr eigenes Ziel ab. Es besteht die Gefahr, dass alte Häuser stehen bleiben und dank des Bonus nachgerüstet werden. Solche Häuser werden nie mehr vollständig erneuert, sie sind natürlich billiger, aber ökologisch leider nicht besser. Wer dem Änderungsantrag der Kommissionsmehrheit zustimmt, entscheidet sich in der Frage zwischen billigem Wohnen und Ökologie fürs billige Wohnen. Betreffend die anderen Änderungen: Der Minergie-Standard soll keinesfalls quasi halbautomatisch geändert werden können, indem der Stadtrat eigenmächtig Anpassungen vornimmt. Damit würde die Gesetzgebungskompetenz an einen privaten Verein delegiert. Dem Antrag des Stadtrats ist zuzustimmen, weil er ökologischer ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Im März 2010 wurde bereits einmal über die Weisung des Stadtrats abgestimmt. Im April 2010 stellte der Stadtrat dann fest, dass die Weisung schwere Vollzugsprobleme aufweist. Daraufhin wurde die Weisung entsprechend geändert. Nun ist es verwunderlich, dass die AL die Zustimmung verlangt, wo doch mittlerweile bekannt ist, dass die Weisung gar nicht umsetzbar ist. Die SVP empfiehlt, die Weisung des Stadtrats abzulehnen.*

Niklaus Scherr (AL): *Verschiedene Formulierungen können tückische Konsequenzen nach sich ziehen. Angesichts der möglichen Interpretationsprobleme ist es verständlich und unbedingt nötig, dass man einen Gesetzesbeschluss fassen will, der für die Praxis taugt. Diesbezüglich erweist sich aber gerade der geforderte Minergie-P-Eco-Standard für Sanierungen von Bestandesbauten als sehr schwierig, weil das verbaute Material grundsätzlich nicht „eco“ ist. Der Minergie- oder Minergie-P-Standard kann demgegenüber, wenn auch mit sehr hohem finanziellem Aufwand, durchaus erreicht werden. Die zusätzliche Forderung des Stadtrats ist also dort problematisch, wo sozusagen etabliert Arealbonus ausgenutzt werden soll.*

Abstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Mehrheit:	Dr. Richard Wolff (AL), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Christoph Gut (SP), Markus Knauss (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i.V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Christine Seidler (SP)
Minderheit:	Michael Baumer (FDP), Referent; Heinz F. Steger (FDP)
Enthaltung:	Gabriele Kisker (Grüne)
Abwesend:	Jacqueline Badran (SP), Beatrice Reimann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 17 Stimmen zu.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Zu Ziff. 1 möchte ich inhaltlich noch Stellung nehmen und erklären, weshalb die SVP jetzt zusammen mit der AL dagegen ist: In der Nachbearbeitung gab es nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische Optimierungen, die den Arealüberbauern bis zu einem gewissen Grad zugute kommen. Es bedeutet eine deutliche ökonomische Entlastung, wenn Altbauten nicht einfach mit einem von einem privaten Verein festgelegten Minergie-Standard belegt werden können. Die SVP stimmt dem Antrag aber nicht zu, weil sie der Meinung ist, dass der private Bauherr, der unter Umständen nicht an die anthropogen verursachte Klimaerwärmung glaubt, bevormundet würde. Arealüberbauungen sollen unabhängig von der ökologischen Überzeugung möglich sein. Eine negative Folge der neuen Regelung wären auch teurere Wohnungen. Weiter ist zu bedenken, dass das Bundesgericht in einem Urteil verlauten liess, der Verein Minergie sei nicht befugt, Standards zu setzen, die dann für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre als BZO-tauglich anzusehen seien. Nicht zuletzt soll der GR dem Stadtrat nicht erlauben, zusammen mit dem Verein Minergie nach Belieben Standards zu bestimmen. Aus diesen Gründen empfehlen wir, Ziff. 1 abzulehnen sowie in der Schlussabstimmung nein zu stimmen.*

Mario Mariani (CVP): *In dieser Diskussion sollte nicht vergessen gehen, dass es keine Pflicht zur Arealüberbauung gibt. Es wird nach wie vor möglich sein, nach Regelbauweise zu bauen. Wer aber eine Arealüberbauung will, bekommt etwas und soll auch etwas geben; so ist die Bestimmung zu verstehen.*

Antrag neue Ziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt folgende Ziffer 1:

1. Art. 8 der Bauordnung der Stadt Zürich wird mit folgendem Abs. 6 ergänzt:
⁶ Gebäude haben mindestens dem Minergie-Standard zu entsprechen oder einen gegenüber den kantonalen Wärmedämmvorschriften um 20 Prozent reduzierten Heizwärmebedarf einzuhalten. die Anforderungen der kantonalen Wärmedämmvorschriften um 20% zu übertreffen. Wird der Ausnützungsbonus von 10 Prozentpunkten gemäss Abs. 5 ganz oder teilweise beansprucht, müssen Gebäude mindestens dem Minergie-P-Eco-Standard entsprechen. den Energiewerten des Minergie-P-Eco-Standards entsprechen, sofern für die betreffende Gebäudekategorie ein solcher Standard festgelegt ist. Ist nur der Minergie-P- oder nur der Minergie-Eco-Standard festgelegt, so ist diesen Energiewerten zu entsprechen. Bei Arealüberbauungen, welche bereits überbaute Grundstücke umfassen, sind diese Anforderungen bezüglich der bestehenden Bauten zu erfüllen, soweit dies technisch möglich sowie wirtschaftlich zumutbar ist. Massgeblich sind die Standards des Vereins Minergie bzw. die kantonalen Wärmedämmvorschriften im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung. Der Stadtrat ist befugt, bei Änderungen dieser Standards bzw. Vorschriften, die jeweils aktuelle Fassung für massgeblich zu erklären.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung dieses Antrags.

Mehrheit:	Dr. Richard Wolff (AL), Referent; Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Christoph Gut (SP), Markus Knauss (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i.V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Christine Seidler (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Heinz F. Steger (FDP)
Enthaltung:	Gabriele Kisker (Grüne)
Abwesend:	Jacqueline Badran (SP), Beatrice Reimann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag neue Ziffer 2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur folgenden Ziffer 2:

2. Die Motion, GR Nr. 2007/349 der AL-Fraktion, vom 24. Oktober 2007 wird als erledigt abgeschrieben.

Zustimmung:	Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Michael Baumer (FDP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i.V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Christine Seidler (SP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Richard Wolff (AL)
Abwesend:	Jacqueline Badran (SP), Beatrice Reimann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag neue Ziffer 3

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur folgenden Ziffer 3:

3. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rechtsmittelverfahren oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im «Städtischen Amtsblatt» und im «Amtsblatt des Kantons Zürich» sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Zustimmung: Präsident Thomas Schwendener (SVP), Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Michael Baumer (FDP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Maleica Landolt (GLP) i.V. von Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Christine Seidler (SP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Richard Wolff (AL)

Abwesend: Jacqueline Badran (SP), Beatrice Reimann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Die Detailberatung ist damit abgeschlossen.

Überweisung des bereinigten Dispositivs als Ganzes an die Redaktionskommission (RedK)

Der Rat stimmt dem bereinigten Dispositiv mit 73 gegen 39 Stimmen zu und überweist die Vorlage an die RedK.

Damit ist beschlossen:

Die Ergänzung zur Bauordnung ist durch die Redaktionskommission (RedK) zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR).

Die Vorlage als Ganzes wird an die Redaktionskommission überwiesen:

1. Art. 8 der Bauordnung der Stadt Zürich wird mit folgendem Abs. 6 ergänzt:
⁶ Gebäude haben mindestens dem Minergie-Standard zu entsprechen oder die Anforderungen der kantonalen Wärmedämmvorschriften um 20% zu übertreffen. Wird der Ausnützungsbonus von 10 Prozentpunkten gemäss Abs. 5 ganz oder teilweise beansprucht, müssen Gebäude mindestens den Energiewerten des Minergie-P-Eco-Standards entsprechen, sofern für die betreffende Gebäudekategorie ein solcher Standard festgelegt ist. Ist nur der Minergie-P- oder nur der Minergie-Eco-Standard festgelegt, so ist diesen Energiewerten zu entsprechen. Bei Arealüberbauungen, welche bereits überbaute Grundstücke umfassen, sind diese Anforderungen bezüglich der bestehenden Bauten zu erfüllen, soweit dies technisch möglich sowie wirtschaftlich zumutbar ist. Massgeblich sind die Standards des Vereins Minergie bzw. die kantonalen Wärmedämmvorschriften im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bestimmung. Der Stadtrat ist befugt, bei Änderungen dieser Standards bzw. Vorschriften, die jeweils aktuelle Fassung für massgeblich zu erklären.
2. Die Motion, GR Nr. 2007/349 der AL-Fraktion, vom 24. Oktober 2007 wird als erledigt abgeschrieben.

3. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rechtsmittelverfahren oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im «Städtischen Amtsblatt» und im «Amtsblatt des Kantons Zürich» sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1519. 2011/260

Motion der GLP-Fraktion vom 06.07.2011:

BZO Zürich, Schaffung von Hochhauszonen anstelle der Hochhausgebiete I bis III

Von der GLP-Fraktion ist am 6. Juli 2011 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Weisung zur Anpassung der BZO vorzulegen, welche an Stelle der Hochhausgebiete (I bis III) Hochhauszonen definiert, durch welche der Bau von Hochhäusern auf bestimmte, enger gefasste Gebiete konzentriert wird. In diesen Zonen soll eine höhere Ausnutzungsziffer gelten, und zwar so, dass die Gebäudehöhe vom Zentrum der Zone zum Rand hin abnimmt.

Begründung:

Die Hochhausgebiete der Stadt Zürich umfassen flächenmässig annähernd die Hälfte des städtischen Siedlungsgebietes und erstrecken sich beinahe über das ganze Stadtgebiet. Dabei umfassen sie Gebiete in denen Hochhäuser offensichtlich nicht erwünscht sind.

In den heutigen Hochhausgebieten ist eine qualitativ hochstehende Verdichtung nicht möglich, weil nur einzelne, alleinstehende Hochhäuser gebaut werden. Würden hingegen enger umfasste Gebiete definiert, in welchen Hochhäuser erwünscht sind, könnte in diesen Gebieten der Bau von Hochhäusern durch eine erhöhte Ausnutzungsziffer gefördert werden und das Verdichtungspotential gezielt ausgeschöpft werden. Hochhäuser entfalten in diesen Zonen ihre städtebauliche Wirkung und ermöglichen einen sichtbaren Ausdruck eines Gesamtkonzeptes. Weiter ermöglichen diese Hochhauszonen die Entlastung der City und die Stärkung neuer Zentren.

Solche Hochhauszonen könnten im Gebiet Zürich West, Oerlikon und Stettbach eingerichtet werden, wobei die zulässige Gebäudehöhe gegen die Grenzen der Zone abnehmen sollte, um die Verbindung zum übrigen Stadtgebiet sicherstellen zu können.

Mitteilung an den Stadtrat

1520. 2011/261

Postulat von Jacqueline Badran (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) vom

06.07.2011:

Auflösung des Baurechtsvertrags mit der FIFA im Sonnenberg

Von Jacqueline Badran (SP) und Balthasar Glättli (Grüne) ist am 6. Juli 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich den Baurechtsvertrag mit der FIFA im Sonnenberg auflösen kann und einer gemeinnützigen oder ertragsreicheren Nutzung zuführen kann.

Begründung:

Die Fifa, die seit 1927 ihren Sitz in Zürich hat, hat die städtische Liegenschaft Sonnenberg ab 1996 im Baurecht für 60 Jahre übernommen. Der Raumbedarf stieg in der Folge in drastisch, so dass sie einen grösseren Sitz plante und diesen in der Nähe des Zoos nach Genehmigung eines grosszügigen

Gestaltungsplans und Baurealisierung 2005 auch bezog. Seither vermietet die Fifa einen grossen Teil der Räumlichkeiten an ein Gastrounternehmen weiter, das auch das Restaurant dort betreibt. Die entsprechenden Mietzinseinnahmen der Fifa sind uns nicht bekannt und es ist damit auch offen, ob die Fifa Erträge mit der Vermietung erwirtschaftet.

Die Fifa zahlt der Stadt Zürich einen Baurechtszins von unterdessen 200'000.- Franken jährlich. Der Marktzins beträgt jedoch geschätzte 800'000.- Franken jährlich. Damit verzichtet die Stadt auf rund 30 Millionen Franken über die gesamte Vertragsdauer.

Die Fifa benötigt die einmaligen Gebäude am Sonnenberg nicht mehr. Zudem wird das Restaurant nicht zur Zufriedenheit der Bevölkerung betrieben. Im Baurechtsvertrag ist folgendes festgehalten (siehe dazu die dringliche schriftliche Anfrage 2006/240):

Die Einrichtung eines ausschliesslich exklusiven Spezialitäten- oder eines Fast-Food-Betriebs ist nicht gestattet. Betriebskonzept und Leistungsangebot des gesamten Wirtschaftsbetriebes haben den Bedürfnissen einer breiten Bevölkerungsschicht zu dienen. Im besonderen Masse gilt dies für die Gartenwirtschaft, welche auch von Familien, Ausflüglern und Gesellschaften besucht wird.

Das derzeitige Angebot im obersten Preissegment entspricht nicht den Vorgaben im Baurechtsvertrag. Die Stadt Zürich erbringt im Weiteren vielfältige Leistungen für die steuerbegünstigte Fifa. Zum Beispiel stellt sie Grossaufgebote von Polizisten zur Verfügung und intensiven Personenschutz bei Fifa-Anlässen. Eine zusätzliche indirekte Subventionierung über die kostengünstige Abgabe des Sonnenbergs ist aus allen oben genannten Gründen nicht mehr angebracht.

Da Räume an hervorragenden Lagen wie dem Sonnenberg äusserst knapp sind in Zürich, wäre vielmehr eine kostendeckende Vermietung an eine echt gemeinnützige Organisation, die zum Standort Zürich passt, wünschenswert. Alternativ wäre eine Vermietung an eine steuerzahlende Unternehmung viel eher im Sinne der Standortförderung von Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

1521. 2011/262

**Postulat von Philipp Käser (GLP) und Irene Bernhard (GLP) vom 06.07.2011:
Erarbeitung eines Konzepts zur Wiederverwertung der Rohstoffe in der
städtischen Kehrichtschlacke**

Von Philipp Käser (GLP) und Irene Bernhard (GLP) ist am 6. Juli 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat ein Konzept vorzulegen, wie die in der städtischen Kehrichtschlacke enthaltenen Rohstoffe möglichst umfassend einer Wiederverwertung zugeführt werden können.

Begründung:

Trotz einer hohen Recyclingquote landen nach wie vor beträchtliche Mengen nichtbrennbarer Stoffe im Müll und verbleiben als Rückstände in den städtischen Kehrrichtheizkraftwerken zurück. Obwohl in der nach der Verbrennung anfallenden Schlacke noch verwertbare Mengen von Rohstoffen vorhanden sind, wird die Schlacke heute in Deponien vergraben.

Die Schliessung der Stoffkreisläufe ist aus ökologischer Sicht äusserst sinnvoll: Einerseits wird nicht unnötig Platz in Deponien beansprucht, andererseits kann der umweltzerstörerische Abbau von Rohstoffen damit zumindest vermindert werden.

Durch die sich abzeichnende Verknappung von Rohstoffen wie zum Beispiel Kupfer oder den für zukunftsweisende Technologien unverzichtbaren seltenen Erden wird die Rückgewinnung der Stoffe auch aus wirtschaftlicher Sicht interessant und zwar in finanzieller wie auch aus versorgungsstrategischer Sicht.

Mitteilung an den Stadtrat

1522. 2011/263

**Postulat von Bernhard Piller (Grüne) vom 06.07.2011:
Abbruch der Geschäftsbeziehungen mit der Firma Rosatom**

Von Bernhard Piller (Grüne) ist am 6. Juli 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich als Aktionärin der Kernkraftwerk Gösgen AG darauf hinwirken kann, dass die Geschäftsbeziehungen mit der russischen Firma Rosatom, als Mutterfirma der Majak Betreiber zum schnellstmöglichen Zeitpunkt abzubrechen sind.

Begründung:

In der stadträtlichen Antwort zur schriftlichen Anfrage 2011/59 heisst es auf Seite 3 zu Frage 2: „nach dem heutigen Stand der Kenntnisse ist der Bezug von Brennmaterial aus Majak für den Stadtrat akzeptabel ... und dass damit die Sanierung der Umwelt und die Verbesserung des Betriebs in Majak aktiv unterstützt wird“. Diese Antwort stellt mit Verlaub eine Ungeheuerlichkeit dar. Die Gegend um Majak ist hoch verstrahlt, dies haben Messungen von Greenpeace im November 2010 einmal mehr gezeigt. Die Messungen zeigten sogar, dass in den vergangenen zwei Jahren der Gehalt an Strontium, Cäsium und Tritium im Fluss Tetcha deutlich zugenommen hat.

Ausserdem lässt es nichts Gutes ahnen, wenn nicht mal der atomfreundlichen Axpo der Zutritt zum Werk Majak gewährt wird. Vgl. Medienmitteilung der AXPO vom 19. Juni 2011.

Auch wenn die Stadt Zürich nur mit 15% an der KKG beteiligt ist, hält sie doch immerhin drei Verwaltungsratssitze. Nimmt der Stadtrat seine Verantwortung für eine nachhaltige, vom Stimmvolk beschlossene 2000-Watt-Gesellschaft inkl. Atomausstieg ernst, ist er dazu verpflichtet, alles in seiner Macht stehende zu unternehmen, um mittels seiner drei Verwaltungsratssitze auf den sofortigen Abbruch der Geschäftsbeziehungen zu Rosatom, sowie die sofortige Kündigung der Verträge, die die KKW Gösgen AG über den französischen Atomkonzern AREVA mit den Majak-Betreibern binden, hinzuwirken.

Mitteilung an den Stadtrat

1523. 2011/264

Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 06.07.2011:

Versuchsweise Einführung des Rechtsabbiegens für Velofahrende an ausgewählten Strassenkreuzungen

Von Matthias Probst (Grüne) und Marcel Schönbächler (CVP) ist am 6. Juli 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob versuchsweise an ausgewählten Strassenkreuzungen bei Rotlicht das Rechtsabbiegen für die Velofahrenden möglichst, unterstützt durch entsprechende Signalisation und evtl. baulichen Massnahmen, ermöglicht werden kann. Das neue Verkehrsregime soll primär bei anstehenden Strassensanierungen angewandt werden.

Begründung:

In den Niederlanden, Dänemark, Norwegen oder Frankreich können Velofahrende bei Rotlicht rechts abbiegen. Die Erfahrungen zeigen, dass dies gefahrenlos umsetzbar ist.

Besonders in Dänemark werden solche Kreuzungen zusätzlich durch bauliche Massnahmen sicherer gemacht, indem Velofahrenden die nach rechts Abbiegen möchten, eine eigene dafür vorgesehene Spur haben (sowohl auf der Kreuzungs-Einfahrt wie -Ausfahrt).

In der Schweiz ist das Rechtsabbiegen bei Rot per Strassenverkehrsgesetz vom Bund her verboten, respektive nur durch entsprechende Signalisation oder eigene Spuren erlaubt.

Gerade in der Stadt Zürich mit sehr vielen Kreuzungen wäre es für den Verkehrsfluss der Velofahrenden eine grosse Verbesserung, wenn bei besonders stark frequentierten Kreuzungen das Rechtsabbiegen für Velos von „teilweise erlaubt bei Grün“ auf „immer erlaubt mit separater Spur“ oder „meistens erlaubt durch separate Veloampeln“ geändert werden könnte.

Auch für die Autofahrenden ist es von Vorteil, wenn bei Grün nicht Velos vor Ihnen stehen und sie am losfahren hindern. Folgende Kreuzungen würden sich z.B. für eine solche Massnahme anbieten:

- Schaffhauserplatz, von der Hofwiesen- in die Rotbuchstrasse
- Frohburg- in die Winterthurerstrasse
- Rudolf Brun-Brücke ins Bahnhofquai
- Bahnhofbrücke / Bahnhofquai
- Gsteigstrasse in die Emil-Klöti Strasse und viele weitere.

Mitteilung an den Stadtrat

1524. 2011/265

**Postulat von Joachim Hagger (FDP) und Alexander Jäger (FDP) vom 06.07.2011:
Automatisierung von Dienstleistungen für Parkplatzbenutzer via Internet oder
Mobiltelefon**

Von Joachim Hagger (FDP) und Alexander Jäger (FDP) ist am 6. Juli 2011 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er folgende Dienstleistungen für Parkplatzbenutzer mit einer elektronischen Lösung via Internet oder Mobiltelefon automatisieren kann: Bezahlen von Parkgebühren auf städtischen Parkplätzen, Lösen und Hinterlegen von Parkkarten Blaue Zone und das Bezahlen von Parkplatzen in den Velostationen.

Begründung:

In vielen Städten der Welt können heute Parkgebühren für Velo- oder Autoparkplätze übers Mobiltelefon, entweder auf Basis von telefonischen Mehrwertdiensten oder SMS bezahlt werden. Die Vorteile dafür liegen einerseits beim Parkplatzbenutzer, der für die Entrichtung der Gebühr keine Geldmünzen benötigt, andererseits beim verminderten Leeren von Parkautomaten, tieferem Betrugs- und Raubrisiko, weniger Vandalismus an Automaten, deren Unterhalt und dem Verarbeiten von Bargeld.

Das Lösen und Hinterlegen von Parkkarten für die Blaue Zone ist eine typische Dienstleistung, die sich optimal als eGovernment-Lösung eignet, in dem aufwändiges Handling sowohl auf Seite Anwohnerinnen und Anwohner, bei Gewerbetreibenden wie auch bei der Dienstabteilung Verkehr vereinfacht.

Eine Lösung, die sowohl Kurzzeit- wie auch Dauerparkieren abdeckt, erlaubt dem Kontrolldienst eine einheitliche Überprüfung der Parkberechtigung.

Idealerweise würden die Parkhäuser der Parking Zürich AG und der Parkhaus Urania AG, welche der Stadt Zürich gehören, ihre Angebote ebenfalls um die elektronische Lösung erweitern. Eine stadtweite Lösung, die auch privat betriebene öffentliche Parkhäuser umfasst, wäre anzustreben.

Es versteht sich von selbst, dass auch die Velofahrenden von elektronischen Lösungen profitieren sollten.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion und die fünf Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

1525. 2011/266

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und
38 Mitunterzeichnenden vom 06.07.2011:
Evaluierung und Betreuung von Drehsäulen zu Werbezwecken**

Von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und 38 Mitunterzeichnenden ist am 6. Juli 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Werbeunternehmen möchten nebst der traditionellen Werbung auf Plakatträgern vermehrt Drehsäulen einsetzen. Sollen Drehsäulen auf dem öffentlichen Grund erstellt werden, benötigen sie hierfür eine Konzession oder Bewilligung der Stadt Zürich.

Der Stadtrat ist dem Vernehmen nach der Auffassung, dass er besser als die professionellen Werbeunternehmen in der Lage sei, die geeigneten Standorte für die Platzierung der Drehsäulen zu evaluieren, und möchte diese Drehsäulen deshalb selber installieren und betreiben und diese dann an die Werbeunternehmen verpachten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass die Evaluierung der Standorte für Drehsäulen, deren Installation und deren Betrieb eine öffentliche Aufgabe darstellen, die zwingend durch die Stadt Zürich wahrzunehmen ist und nicht durch die professionellen Werbeunternehmen wahrgenommen werden kann?
2. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass er über das bessere Know-How als die Werbeunternehmen verfügt, die werbeinteressantesten Standorte für die Drehsäulen zu evaluieren, diese zu installieren und zu betreiben?
3. Wie viele Stellenprozente und wie viele Mitarbeiter wird der Stadtrat für die Evaluierung, die Installation

und den Betrieb von Drehsäulen einsetzen?

4. Mit welchen Kosten rechnet der Stadtrat für die Evaluierung, die Installation und den Betrieb von Drehsäulen und unter welcher Kontonummer werden die Kosten verbucht?

Mitteilung an den Stadtrat

1526. 2011/267

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.07.2011:
Städtische Praxis betreffend der Erstellung und Finanzierung der Plakatträger auf öffentlichem Grund**

Von Severin Pflüger (FDP), Kurt Hüssy (SVP) und 35 Mitunterzeichnenden ist am 6. Juli 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Vor ein paar Jahren führte der Stadtrat eine Ausschreibung durch, mit welcher das Recht des Plakatan-schlags auf öffentlichem Grund für eine Laufzeit von 5 Jahren vergeben wurde. Der Stadtrat war nur dann bereit, mit den Bewerbern für dieses Rechts einen Vertrag abzuschliessen, wenn sie sich bereit erklärten, die mit ihren eigenen finanziellen Mitteln erstellten Plakatträger nach Ablauf der Vertragslaufzeit auf die Stadt Zürich übergehen.

Demzufolge sieht Art. 10 der Vorschriften über das Anbringen von Reklameanlagen im öffentlichen Grund neuerdings vor, dass das Recht des Plakatan-schlags an Plakatträgern im öffentlichen Grund für das ganze Stadtgebiet ausschliesslich der Stadt zusteht. Bei diesen Plakatträgern handelt es sich aber mehrheitlich nicht um Plakatträger, welche die Stadt selber erstellt und finanziert hat, sondern um Plakatträger, welche nach Ablauf der Vertragslaufzeit von den Bewerbern für das Recht des Plakatan-schlags auf die Stadt Zürich übergehen.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Plakatträger stehen heute auf dem öffentlichen Grund?
2. Wie viele der Plakatträger hat die Stadt Zürich selber erstellt und finanziert? Wie viele Plakatträger gehen nach Ablauf der Vertragslaufzeit auf die Stadt Zürich über?
3. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass die den Werbeunternehmen auferlegte Pflicht, dass die Plakat-träger nach Vertragslaufzeit auf die Stadt Zürich übergehen müssen, eine Enteignung darstellt?
4. Weshalb möchte der Stadtrat die Plakatträger an sich bringen?
5. Zahlt der Stadtrat für dieses An-sich-bringen eine Entschädigung? Falls ja, wie hoch sind die Kosten und unter welcher Kontonummer werden sie verbucht?
6. Falls keine Entschädigung bezahlt wurde: Wie hoch ist der entgangene Gewinn für die Stadt Zürich durch verminderte Abgabenzahlungen seitens der Plakatgesellschaften?
7. Ist der Stadtrat der Auffassung, dass der Besitz und Unterhalt der Plakatträger eine öffentliche Aufga-be darstellt, die zwingend durch die Stadt vorzunehmen ist und nicht von den Werbeunternehmen sel-ber vorgenommen werden kann?
8. Wie hoch sind die jährlichen Kosten für den Unterhalt der Plakatträger durch die Stadt Zürich und unter welcher Kontonummer werden sie verbucht?
9. Sind dem Stadtrat andere Städte bekannt, in welchen die Städte die Plakatträger der Werbeunterneh-men an sich gebracht haben?

Mitteilung an den Stadtrat

1527. 2011/268

**Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP)
vom 06.07.2011:
Umzug von Geomatik und Vermessung an die Weberstrasse, Raumkonzept**

Von Dr. Daniel Regli (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) ist am 6. Juli 2011 folgen-de Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 15. Juni 2011 hat die Ratsmehrheit die Immobilienverwaltung der Stadt Zürich (IMMO) ermächtigt, an der Weberstrasse 5 eine Liegenschaft mit 2'291.5 m² Büro- und Lager-/Archivräumen zu mieten (GR Nr. 2010/493). Gemäss Planung werden überwiegend Arbeitsplätze der Geomatik und Vermessung Zürich (GeoZ) vom Amtshaus V an die Weberstrasse 5 verlegt. Die ebenfalls bewilligten Umbaukosten von 2,2 Mio. werden primär benötigt, um die Büroarbeitsplätze an der Weberstrasse auszurüsten.

Die GeoZ verfügt im Amtshaus V jedoch über eine Mehrzahl von Abstell- und Werkräumen (Werkstatt, 7 Garagen-Plätze für Vermessungsfahrzeuge, Zwischenmagazin, Magazin, Pumpenraum, Super-Archiv für Vermessungsakten, geschlechtergetrennte Garderoben, Duschen, WC-Anlagen). Das UG an der Weberstrasse hat hingegen keine Garagenplätze und bietet lediglich 170m² Werkraum. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wo werden für die ‚Feldarbeiter‘ des GeoZ neue Parkierungs-, Lager-, Werk- und Personalräume bereitgestellt? Welche Flächen werden für welche Funktionen am neuen Ort zur Verfügung gestellt?
2. Wie werden die für die GeoZ als Parkierungs-, Lager-, Werk- und Personalräume vorgesehenen Flächen bis dato genutzt? Warum werden die Flächen frei?
3. Welche Kosten (Umbau, Möblierung) entstehen durch die Bereitstellung der Parkierungs-, Lager-, Werk- und Personalräume für die GeoZ am neuen Ort?
4. Wann ist der Umzug der Büroarbeitsplätze der GeoZ an die Weberstrasse 5 vorgesehen? Wann ist der Bezug der neuen Parkierungs-, Lager-, Werk- und Personalräume für die GeoZ vorgesehen? Welche betrieblichen Defizite und welche finanziellen Einbussen entstehen durch allfällig unterschiedliche Umzugstermine?
5. Welche der Parkierungs-, Werk- und Lagerräume im Amtshaus V können von der GeoZ allenfalls weiter benutzt werden?
6. In welchem Mass erschwert die neue Standortwahl für Fahrzeuge und Maschinen die betrieblichen Abläufe der GeoZ?
7. Wie beeinflusst die Separierung von Werk- und Büroräumen voraussichtlich das bisher ausserordentlich gute Betriebsergebnis der GeoZ? Sind Einbussen zu erwarten? Falls ja, in welcher Höhe und warum nimmt die Stadtverwaltung sie in Kauf?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1528. 2009/287

Interpellation von Claudia Simon (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) vom 24.06.2009: Begabtenförderung in der Stadt Zürich

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1717 vom 16. Dezember 2009).

Die Interpellation wird abgeschrieben (Art. 97 Abs. 3 GeschO GR).

Mitteilung an den Stadtrat

1529. 2009/309

Interpellation von Mirella Wepf (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 01.07.2009: Erhöhung der Energieeffizienz, Umsetzung und allfällige Ausweitung des Programms der «7-Meilen-Schritte»

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1674 vom 16. Dezember 2009).

Die Interpellation wird abgeschrieben (Art. 97 Abs. 3 GeschO GR).

Mitteilung an den Stadtrat

1530. 2009/310

**Interpellation von Rebekka Wyler (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 01.07.2009:
Verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1676 vom 16. Dezember 2009).

Die Interpellation wird abgeschrieben (Art. 97 Abs. 3 GeschO GR).

Mitteilung an den Stadtrat

1531. 2009/311

**Interpellation von Rebekka Wyler (SP) und Dr. Claudia Nielsen (SP) vom 01.07.2009:
Unterstützung gemeinnütziger Bauträger zur Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzbarmachung alternativer Energieträger**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1675 vom 16. Dezember 2009).

Die Interpellation wird abgeschrieben (Art. 97 Abs. 3 GeschO GR).

Mitteilung an den Stadtrat

1532. 2011/184

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 48 Mitunterzeichnenden vom 25.05.2011:
Portfoliostrategie 2020 der Immobilien-Bewirtschaftung Stadt Zürich (IMMO)**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 730 vom 22. Juni 2011).

1533. 2011/112

**Schriftliche Anfrage von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Urs Fehr (SVP) vom 06.04.2011:
Organisierte Kriminalität im Raum Zürich, präventive und repressive Massnahmen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 713 vom 22. Juni 2011).

1534. 2011/111

**Schriftliche Anfrage von Guido Trevisan (GLP) und Gian von Planta (GLP) vom 06.04.2011:
Reklamekonzept des Zürcher Verkehrsverbunds (ZVV), Ausdehnung auf die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ)**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 750 vom 29. Juni 2011).

Nächste Sitzung: 6. Juli 2011, 20:30 Uhr.

